

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Jorge Scholz

## Blutige Bombenattentate

Mindestens 13 Tote und 25 Verletzte forderte am 11. Januar ein Bombenattentat, das nach Polizeiangaben radikale sindhische Nationalisten in der 60 Kilometer nördlich von Karatchi gelegenen Stadt Kotri auf eine von Bihari bewohnte Flüchtlingsiedlung verübten. Da weitere Anschläge auf Angehörige dieser vor allem in der südpakistanischen Provinz Sindh lebenden ethnischen Minderheit befürchtet werden, rief die Regierung den Alarmzustand aus. In allen größeren Städten der Provinz rückten Armeinheiten und paramilitärische Truppen aus, um sich an strategisch wichtigen Punkten zu postieren. Hintergrund des Attentates: Am Vortag war in Lahore eine erste 325-köpfige Gruppe von insgesamt 238.000 Bihari eingetroffen, die im Rahmen eines im vergangenen Jahr vereinbarten Repatriierungsprogrammes von Bangladesch nach Pakistan umgesiedelt werden sollen. Die Bihari sind urdu-sprachige Muslime nordindischer Abstammung, die 1947 nach der Unabhängigkeit des Subkontinents und der Teilung in die Indische Union und Pakistan in das damalige Ostpakistan, das heutige Bangladesch, geflüchtet waren. Da die Bihari 1971 während des Unabhängigkeitskampfes Ostpakistans die Zentralregierung im fernen Westpakistan unterstützten, wurden sie in Bangladesch verfolgt.

Bereits bis 1974 wurden 175.000 von ihnen in die Provinz Sindh des geschrumpften Pakistans umgesiedelt, was die nationalbewußte, sindhi-sprachige Urbevölkerung jedoch schon bald mit blutigen Pogromen gegen die Neuankömmlinge beantwortete. Da sich die Eingliederung der Flüchtlinge aufgrund bestehender Überfremdungsängste als so schwierig erwies, war Pakistan bis vor kurzem nicht bereit, auch die übrigen Bihari einreisen zu lassen, die seit der Staatsgründung Bangladeshs in etwa 60 Flüchtlingslagern leben. Um mit der neuen Einwanderungswelle nicht den Zorn der Sindh zu provozieren, hat Mi-

nisterpräsident Nawaz Sharif angekündigt, die Bihari in seiner Heimatprovinz Punjab anzusiedeln.

Bei zwei weiteren Bombenanschlägen in der unweit von Kotri gelegenen Millionenstadt Hyderabad wurden am 23. Januar nach Angaben des pakistanischen Rundfunks erneut mindestens 22 Menschen getötet und etwa 100 verletzt. Die an Motorrädern befestigten Sprengsätze detonierten zeitgleich an verschiedenen Orten der belebten Altstadt. Obwohl kein Bekenner schreiben der Täter vorliegt, vermuten die Behörden, daß alle Attentate auf das Konto der separatistischen Terrororganisation 'Jeay Sindh' geht, die die Unabhängigkeit der Provinz Sindh von Pakistan anstrebt.

## Neuer Generalstabschef

Der erst 1991 in sein Amt eingeführte Generalstabschef Asif Nawaz ist am 8. Januar überraschend verstorben. Er erlag beim Lauftraining auf dem Gelände seines Amtssitzes in Rawalpindi einer Herzattacke. Ein Attentat wird ausgeschlossen. Asif Nawaz machte sich in seiner kurzen Amtszeit als Oberkommandierender der in Pakistan auch politisch sehr einflußreichen Armee vor allem mit der seit neun Monaten anhaltenden Militärintervention in der Unruheprovinz Sindh einen Namen. Zum neuen 'Chief of the Army Staff' (COAS), der neben dem Präsidenten und dem Premierminister der sogenannten 'Regierenden Troika' angehört, wurde der 54-jährige Generalleutnant Abdul Waheed ernannt. Die Entscheidung des Präsidenten Ghulam Ishaq Khan gilt unter Beobachtern als Überraschung, da er sich mit der Wahl Waheeds über das traditionelle Senioritätsprinzip in der Nachfolgeregelung eines COAS hinwegsetzte und gleich fünf ambitionierte Kandidaten ignorierte.

Hintergrund: Präsident Ghulam Ishaq Khan nutzte mit der Ernennung Waheeds die Gelegenheit, um das nach dem plötzlichen Tod von Asif Nawaz gestörte Machtgleichgewicht an der Spitze des Staates zu seinen Gunsten zu beeinflussen,

denn Abdul Waheed gehört wie der Präsident dem Minderheitenvolk der Paschtunen an, und gilt als dessen treuer Gefolgsmann. Mit der Rückendeckung der Armee hätte der 78-jährige Präsident, dessen fünfjährige Amtszeit zum Jahresende abläuft, gute Aussichten, trotz seines hohen Alters wiedergewählt zu werden.

## Todesstrafe für Drogenhändler

Laut einer Ankündigung von Nawaz Sharif wird der Premierminister persönlich dem Parlament ein Gesetz zur Verabschiedung vorlegen, daß für Drogenhändler die Todesstrafe vorsieht. Bisher liegt die Höchststrafe für das Vergehen des Drogenhandels bei 25 Jahren Gefängnis. Mit der Gesetzesinitiative will die pakistanische Regierung laut eigener Aussage ihre Entschlossenheit im Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität unter Beweis stellen. Pakistan ist innerhalb weniger Jahre zum bedeutendsten Heroinproduzenten der Welt aufgestiegen und muß selbst mit dem sozialen Problem von mehr als zwei Millionen Drogenabhängigen fertig werden.

Der Abstimmung der Parlamentarier über die Gesetzesvorlage darf mit einiger Spannung entgegengesehen werden, da etliche Abgeordnete laut Aussage internationaler Drogenfahnder zu den größten Drogenbossen des Landes zählen. Allerdings hätten die Betroffenen auch bei einem positiven Ergebnis kaum etwas zu befürchten, da auch nach der bisherigen Praxis Drahtzieher und Hintermänner äußerst selten verurteilt werden. Die allgemeine Bestechlichkeit von Polizei und Justiz bewahrt finanzkräftige Beschuldigte in der Regel vor Strafe.

Sinnvoller als die aktuelle Initiative wäre ein bereits vor mehreren Jahren ausgearbeitetes Gesetz zur Drogenbekämpfung, das unter anderem den Vermögenseinzug von verurteilten Drogenhändlern vorsieht. Die Drogenlobby im Parlament hat jedoch mehrfach eine Abstimmung über diesen Gesetzesentwurf verhindern können. Deshalb wurde Pakistan mit dem Hin-

weis auf die halbherzige Gesetzgebung wiederholt von amerikanischen und europäischen Drogenexperten und Politikern kritisiert.

#### Ausweisung der Mujahedin-Parteien

Die Regierung der Northwest-Frontier-Province (NWFP) hat alle Parteien des ehemaligen afghanischen Widerstandes angewiesen, ihre Büros in Pakistan zu schließen und das Land bis zum 31. Januar zu verlassen. Davon betroffen sind auch alle unregistrierten Nichtregierungsorganisationen, die die verbliebenen zwei Millionen afghanischen Flüchtlinge betreuen. Ein Sprecher des Außenministeriums teilte mit, daß die Flüchtlinge selbst - soweit sie im Besitz eines entsprechenden Ausweises sind - vorerst bleiben können. Ihre Rückkehr werde in mehreren Phasen von den Vereinten Nationen organisiert, hieß es. Diese Maßnahmen sind Teil eines neuen Beschlusses der Bundesregierung in Islamabad, wonach alle sich illegal im Lande aufhaltenden Ausländer ausgewiesen werden sollen. Dies soll dazu beitragen, Sicherheit und Ordnung in Pakistan zu stabilisieren. Mit dieser Entscheidung geht eine Ära zu Ende: Von Peschawar aus, der Hauptstadt der NWFP, hatten die Mujahedin 14 Jahre lang den Widerstand im afghanischen Bürgerkrieg organisiert. Hier hatten nicht nur die sieben großen Parteien ihre Vertretungen, sondern residierte auch die vom Westen und von der pakistanischen Regierung massiv unterstützte afghanische Exilregierung.

Die pakistanische Regierung begründet ihren Schritt mit dem Hinweis auf die veränderte politische Situation in Afghanistan: Zur Zeit ist in Kabul mit Burhanuddin Rabani ein Führer jener Exilparteien im Amt des Präsidenten. Während einige Parteisprecher mit dem Hinweis auf die anhaltenden Kämpfe rivalisierender Gruppen in Afghanistan den Beschluß Islamabads kritisierten, hat die oppositionelle 'Hezb-e-Islami' des radikalen Mujahedinführers Gulbuddin Hekmatyar bereits ihr Hauptquartier aus Peschawar ins Nachbarland verlegt.

#### Bhutto's Protestkampagne gescheitert

Auch der zweite Versuch der Ex-Premierministerin Benazir Bhutto, mit einem Massenprotestmarsch auf die Hauptstadt Islamabad die Absetzung der Regierung Nawaz

Sharif's und Neuwahlen durchzusetzen, ist Anfang Dezember mangels Gefolgschaft fehlgeschlagen. Der am 18. November auf dem Höhepunkt einer ersten Kampagne vorübergehend verhafteten Oppositionsführerin (siehe 'Südasiens', 8/92) gelang es zunächst, nach ihrer Freilassung trotz des Verbots der Behörden von Karatschi aus eine spektakuläre Bahnfahrt durch ganz Pakistan Richtung Islamabad zu organisieren, die in allen größeren Städten auf der Strecke von großen Sympathiekundgebungen begleitet wurde.

Die von der Regierung befristet aus der Hauptstadt verbannte Politikerin hatte als nächsten Schritt angekündigt, von der zentralpakistanischen Stadt Multan aus einen Protestmarsch über mehr als 600 Kilometer in die Kapitale zu führen. Da es ihr als Publikumsmagnetin aufgrund schlechten Wetters und einer Bombendrohung nicht gelang, Multan rechtzeitig auf dem Luftweg zu erreichen, mußte die Aktion angesichts des geringen Interesses abgesagt werden. Bhutto hat jedoch angekündigt, ihren als "Langen Marsch" bezeichneten Kampf um die Macht fortzusetzen.

Die zunächst mit brutaler Gewalt gegen die Oppositionsbewegung operierende Regierung hat sich inzwischen auf moderatere Methoden besonnen, was entscheidend zur Entspannung der Situation beigetragen hat: Im Rahmen einer Gegenkampagne trat Premier Nawaz Sharif auf zahlreichen Kundgebungen als Redner auf, und versuchte die Öffentlichkeit mit Worten zu überzeugen. Auch die überraschende Wahl Benazir Bhutto's zur Vorsitzenden des prestigeträchtigen Auswärtigen Ausschusses des Parlamentes am 12. Januar kann als Versuch der Regierung zur Versöhnung mit der Opposition gewertet werden, da der Vorschlag vom Staatsminister für Außenpolitik, Siddique Khan Kanju, und dem Bruder des Premierministers, Shabaz Sharif, kam. Bhutto griff das Versöhnungsangebot auf und nahm die Wahl an. Als Ausschußvorsitzende hat sie nun die Aufgabe, die Regierung in außenpolitischen Fragen zu beraten (siehe auch Interview mit Benazir Bhutto).

#### Pakistanische Soldaten in Somalia

Ein Sprecher des Außenministeriums in Islamabad kündigte am 30. Dezember an, daß Pakistan weitere 4.000 Soldaten nach Somalia ent-



Benazir Bhutto (Foto: 'Herald')

senden werde, um die dortigen UN-Truppen zu verstärken. Eine erste mit leichten Waffen ausgerüstete Gruppe von 880 Soldaten ist dort bereits zuvor eingetroffen. Pakistan hatte schon vor der Landung amerikanischen und französischer Truppen 600 Soldaten in dem ostafrikanischen Land stationiert.

#### Atomanlagenliste ausgetauscht

Pakistan und Indien haben am 4. Januar trotz derzeit angespannter bilateraler Beziehungen mit detaillierten Informationen versehene Listen ihrer Atomanlagen ausgetauscht. Es war der zweite Austausch dieser Art, nachdem beide Länder 1992 diese vertrauensbildende Maßnahme in einem entsprechenden Abkommen vereinbart hatten. Erfasst werden jedoch nur zivile Forschungsreaktoren und Kernkraftwerke. Die internationale Atomenergiebehörde (IAEO) und die USA gehen davon aus, daß beide Staaten daneben auch ein Nuklearwaffenprogramm unterhalten, obwohl dies von beiden Regierungen bestritten wird. Indien hat 1974 mit der ersten erfolgreichen Zündung einer Atombombe bewiesen, daß es zumindest das Know-how zum Bau solcher Waffen besitzt.